

„Faire Chancen für Familiernährerinnen“
Fachtagung am 30. Januar 2013
Zusammenfassung der politischen Talkrunde

In der politischen Talkrunde diskutierten jeweils die stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktionen ihrer Partei im Bundestag, namentlich Ingrid Fischbach (CDU/CSU), Miriam Gruß (FDP), Kerstin Andreae (Bündnis 90/ Die Grünen), Cornelia Möhring (Linke) und Ingrid Sehrbrock (stellv. Vorsitzende des DGB) über die gesellschaftlichen Herausforderungen und politischen Erfordernisse angesichts der wachsenden Zahl von Familiernährerinnen. Filmportraits zu den verschiedenen Lebenssituationen von Hauptverdienerinnen gaben der Diskussion wichtige Impulse.

Was kann die Politik zur Verbesserung der Situation von Familiernährerinnen beitragen? Cornelia Möhring verwies auf einen notwendigen Wandel von traditionellen Rollenvorstellungen sowohl in der Familie als auch auf dem Arbeitsmarkt. Die Politik, so Ingrid Fischbach, stelle nur die Rahmenbedingungen und „muss die Menschen mitnehmen“. Ihrer Meinung nach sei Deutschland ein kinderentwöhntes Land. Sie kritisierte jedoch, dass häufig der Eindruck bestünde, familienfreundliche Politik allein führe zu einer Erhöhung der Geburtenrate. Diese Einschätzung teile sie selbst nicht. Insgesamt gelte es, besonders Männern zu verdeutlichen, dass ein modernes Familienbild einer *partnerschaftlichen* Aufteilung von Familie und Erwerbsarbeit entspreche.

Die Diskutantinnen waren sich einig, dass sich die Situation von Hauptverdienerinnen und ihre gesamtgesellschaftliche Akzeptanz nur durch ein neues, modernes Rollenverständnis realisieren ließen. Der Weg zu einem modernen Rollenverständnis erfolge durch Vorbilder und dem Abbau von Geschlechterstereotypen bereits im frühen Kindesalter, fügte Miriam Gruß hinzu. Laut Kerstin Andreae ist ein neues Rollenbild zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine geschlechtergerechte Gesellschaft. Vielmehr hänge die Familienfrage auch an konkreten finanziellen Fragen. Viele Männer, glaubt sie, wollen für ihren Nachwuchs auch sorgen können, nach dem Motto „Erst der Job, dann die Kinder“.

Das Modell eines Alleinverdieners oder einer Alleinverdienerin wird in der Diskussion grundsätzlich kritisiert. Kerstin Andreae macht darauf aufmerksam, dass in der Politik

und Gesellschaft breit über die finanziellen Risiken, die aus der Rolle der Hausfrau entstehen, debattiert und dabei das Familienmodell „Alleinverdiener“ scharf kritisiert werde. Familien mit einer weiblichen Hauptverdienerin und einem männlichen Zuverdiener ist für sie daher kein Zukunftsmodell. Vielmehr warnt sie: „Wir können nicht ein Modell, das wir falsch finden, einfach umdrehen und dann richtig finden!“. Vielmehr müssten neue Wege bestritten und neue Modelle ergriffen werden, die den gegenwärtigen Umständen gerecht werden. Dies sei laut Andreae Aufgabe der Politik. Frau Möhring betont vor diesem Hintergrund, dass ein Zweiverdienermodell mit egalitärer Aufgabenverteilung ihrem wünschenswerten Familienmodell entspräche. Eine Doppelerwerbstätigkeit mit jeweils kürzeren Erwerbszeiten würde beiden Elternteilen im gleichen Maße Zeitfenster für das private, kulturelle und familiäre Leben schaffen. Familienfreundliche Beschäftigungsbedingungen für Frauen wie für Männer sind für Frau Möhring aus diesem Grunde dringend erforderlich.

Das Thema der familiengerechten Arbeitszeiten greift Ingrid Sehrbrock auf und schildert: „Es stellt sich schon lange die Aufgabe, wie man Familie eigentlich noch *leben* kann. Lediglich die Restzeiten der Familie zur Verfügung zu stellen, ist keine Lösung.“ Die Aufgabe, die sich ihrer Ansicht stellt, sei eine Sensibilisierung der Betriebe. Die Arbeitnehmer/innen müssten die Möglichkeit erhalten, ihre Arbeitszeiten an Erziehungs- oder Pflegezeiten anzupassen. Gegenwärtig sei es jedoch häufig andersherum: Betriebe passten die Arbeitszeiten ihrer Belegschaften an ihre eigenen Bedürfnisse an. Der demografische Wandel und der damit einhergehende Fachkräftemangel, so hofft Frau Sehrbrock, werde automatisch Druck auf die Betriebe auslösen, attraktive Arbeitsverhältnisse mit familienfreundlichen Arbeitszeiten anzubieten. Frau Fischbach betont in diesem Zusammenhang die Anpassung der Arbeitszeiten an die verschiedenen Lebensphasen von Beschäftigten. Da langfristige Teilzeitstellen jedoch häufig ein Karrierehindernis seien und nicht selten zu Entgeltungleichheit und Altersarmut führten, befürchtet sie verringerte Arbeitsmarktchancen für diejenigen Frauen und Männer, die aufgrund der Kindererziehung auf Teilzeit reduzieren. Frau Fischbach ist daher überzeugt, dass ein Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeit für Teilzeitbeschäftigte ein gangbarer Weg wäre.

Zudem stößt die in Deutschland dominierende Präsenzkultur in Betrieben in der Talkrunde auf harte Kritik. Es sei falsch anzunehmen, längere Anwesenheiten im Büro führten zu einer höheren Effektivität und Produktivität, so Ingrid Fischbach. Das Gegenteil sei der Fall: Könne der Arbeitnehmer seine Arbeitszeiten eigenständig gestalten, steige die Produktivität.

Gefragt nach einer *Wunschliste*, anhand derer sich die Beschäftigungs- und Lebensbedingungen von Familienernährerinnen verbessern ließen, legten die Podiumsteilnehmerinnen unterschiedliche Schwerpunkte. Frau Gruß macht deutlich, dass sich mit der Geburt eines Kindes die finanziellen, zeitlichen sowie psychischen Herausforderungen erhöhen würden. Deswegen fordert sie bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Im internationalen Vergleich werde deutlich, dass Deutschland ein konservativ geprägtes Land sei, in dem zum Beispiel ein geringeres Angebot an Krippenplätzen bestünde, als in anderen europäischen Ländern. „In den letzten Jahren hat sich zwar viel verändert, aber in dem Tempo müssen wir fortschreiten!“, so Frau Gruß.

Frau Möhring setzt auf ihre Wunschliste Forderungen an die derzeitige Arbeitsmarktpolitik: Sie spricht sich für die Abschaffung von Bedarfsgemeinschaften im SGBII-Bezug aus. „Bedarfsgemeinschaften sind einfach unwürdig!“, so ihr Urteil. Sie ist der Ansicht, dass für gesellschaftlich notwendige Aufgaben wie Haushalts- oder Kindererziehungsaufgaben die Gesellschaft aufkommen müsse. Hausmänner und –frauen müssten Wertschätzung auch finanzieller Arbeit erfahren.

Frau Andreae verweist auf die Notwendigkeit einer qualitativ hochwertigen und flächendeckenden Kinderbetreuung. Auch die Einführung von gebundenen Ganztagschulen sowie eine Kindergrundsicherung für Familien setzt sie auf ihre politische Wunschliste. Zur Finanzierung würde sie das Ehegattensplitting abschaffen.

Auch Frau Sehrbrock schließt sich der Forderung nach einer flächendeckenden Einführung von gebundenen Ganztagschulen an. Wenn die qualitativ hochwertige Betreuung von Kindern sichergestellt sei, verfolge man nicht nur bildungspolitische Ziele, sondern ermögliche auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zudem spricht sie sich explizit gegen die derzeitige Minijob-Regelung aus, die für Frauen eine berufliche Sackgasse darstelle. „Wir brauchen zwar Teilzeitbeschäftigung auch mit geringerem Stundenvolumen, aber stets sozialversicherungspflichtig

abgesichert.“ Der Umstand, dass viele Familienernährerinnen mit Minijobs oder Niedriglöhnen sei unhaltbar. Aus diesem Grund, so Frau Sehrbrock, müsse ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden und flächendeckend allgemeinverbindlicher Tarifröhne gelten.

Frau Fischbach spricht sich beim Thema Entgeltgleichheit angesichts des schlechten Abschneidens Deutschlands im internationalen Vergleich für faire Entlohnung aus. Konkret bedeutet das für sie einen gleichwertigen Lohn bei gleicher Arbeit. Auf ihre Wunschliste setzt Frau Fischbach zudem ebenfalls bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Anrechnung von Pflegezeiten bei der Rente.

In der anschließenden Fragerunde betont Frau Klammer noch einmal die Notwendigkeit, mit Blick auf den Lebensverlauf phasenweise die Erwerbstätigkeit zu verringern oder zu erhöhen, um so eine Balance zwischen Beruf und Familie herzustellen. Einer SOEP-Studie zur Folge zeigten sich Frauen und Männer in Familienmodellen mit egalitärer Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit am zufriedensten.

Kontrovers wird das Thema haushaltsnaher Dienstleistungen diskutiert. Ein Teilnehmer berichtet von dem Mangel qualitativ hochwertiger Betreuung der Kinder und seinem Verzicht auf Erwerbstätigkeit, um sich selbst der Kinderbetreuung zu widmen. Frau Andreae unterstreicht die Möglichkeiten, Familien durch haushaltsnahe Dienstleistungen von unbezahlter Arbeit zu entlasten und diese steuerfrei anzurechnen. Ihrer Meinung nach lasse sich über eine Finanzierung von haushaltsnahen Dienstleistungen die Erwerbstätigkeit *beider* Elternteile fördern. Frau Sehrbrock und Frau Fischbach halten dagegen, dass eine steuerliche Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen vor allem gut verdienenden Haushalten helfe und die breite Masse der Bevölkerung nicht erreiche.

Trotz der Differenzen im Detail, alle Podiumsmitglieder waren sich darin einig, dass die drei Schwerpunkte richtig gesetzt seien und politisch weiter befördert werden müssten.